An den
Vorsitzenden
des Sozialausschusses
Herrn Focken

Informationsvorlage

zu TOP I / 2 der Sitzung des Sozialausschusses am 15. Juni 2010

Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung SGB II

1. Einführung

Das Bundeskabinett hat am 31.03.2010 den von der interfraktionellen Arbeitsgruppe konzipierten Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes mit Auftrag an BMAS, einen begleitenden einfachgesetzlichen Entwurf zu erarbeiten und dem Kabinett am 21.4.2010 vorzulegen, beschlossen. Beide Entwürfe sollen im Gesetzgebungsverfahren parallel beraten und beschlossen werden. Das gesamte Gesetzgebungsverfahren zur Jobcenter-Reform soll noch vor der Sommerpause, voraussichtlich am 9.07.2010 abgeschlossen werden.

Ziel der Reform ist es, die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung durch Agenturen für Arbeit und Kommunen im Regelfall fortzusetzen und damit die Leistungserbringung aus einer Hand auch in Zukunft sicherzustellen. Gleichzeitig sollen Verbesserungen für die Qualität der Leistungserbringung geschaffen werden, die zu jährlichen Mehrkosten führen, die mit 33 Mio € berechnet sind. Die zugelassenen Träger sollen ihre Aufgaben unbefristet wahrnehmen können, darüber hinaus sollen weitere Träger zugelassen werden können.

Die kommunale Trägerschaft soll auch weiterhin die Ausnahme bleiben. Die existierenden 69 Optionskommunen sollen entfristet werden. Neu hinzukommen können nach dem Regel-Ausnahme-Prinzip max. 41 Optionskommunen, so dass sich max. 110 zugelassene Optionskommunen ergeben können. Die Verteilung der zus. Optionskommunen soll einvernehmlich durch die Länder erfolgen.

Für die Zulassung gibt es klare Antragsvoraussetzungen in § 6 a der Änderung des SGB II sowie dem Entwurf der Kommunalträger-EignungsfeststellungsVO. Hierzu gehören u.a. ein einheitliches Datenregime, die Übernahme von mind. 90% des BA-Personals – *nicht aber des bei den Kommunen tätigen Personals* sowie der Nachweis von Eignungskriterien wie ausreichendes qualifiziertes Personal, Erfahrungen in der Arbeitsvermittlung und geeignete Konzepte für die Aufgabenwahrnehmung, Aufbau eines internen Controllings u.v.m..

Der Antrag bedarf einer 2/3 Mehrheit der Mitglieder des Rates bzw. Kreistages und der Zustimmung der zuständigen obersten Landesbehörde.

Der Antrag auf Zulassung für die erste Welle muss bis zum 31.12.2010 gestellt sein. Freigebliebene Plätze können in einem 2. Zulassungsverfahren im Jahre 2015 beantragt werden, Antragsfrist ist der 30.06.2015 mit Umsetzungsfrist zum 1.1.2017.

2. Jobcenter- oder Optionsmodell

Die wesentlichen Inhalte und Unterschiede der gemeinsamen Einrichtung oder Option sind nachstehend dargestellt:

2.1 Jobcenter

- die Leistungsträger Bundesagentur für Arbeit und Kommunen bilden eine gemeinsame Einrichtung = Jobcenter und nehmen ihre Aufgaben gemeinsam wahr; die Struktur bleibt im Grundsatz bestehen und wird fortentwickelt
- durch die grundgesetzliche Absicherung wird die Dienstleistung aus einer Hand auch beim Jobcenter-Modell gewährleistet
- Entscheidungsträger der gemeinsamen Einrichtung sind die Geschäftsführer und die Trägerversammlung
- die Vertretung vor Gericht erfolgt durch den Geschäftsführer
- das Personal der gemeinsamen Einrichtung bleibt bei seinem jeweiligen Dienstherrn beschäftigt
- eingearbeitetes Personal von Kommune und BA kann die bisherige Arbeit in bestehenden Strukturen fortführen
- Geschäftsführer erhält kraft Gesetzes Dienstherrn- und Arbeitgeberkompetenz mit der Zuständigkeit für Beförderungen und Beurteilungen, ausgenommen der Befugnis zur Begründung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen
- arbeitsmarktpolitische Eingliederungsinstrumente sind durch das SGB II für beide Modelle vorgegeben
- IT-Verfahren und vorhandene Liegenschaften können weiter genutzt werden
- Einkauf von Arbeitsmarktdienstleistungen, Informations- und Datenaustausch zu anderen Sozialversicherungssystemen, Nutzung von Fachdiensten erfolgen unverändert
- Finanzflüsse und Verantwortlichkeiten bleiben unverändert
- der Anteil an den Gesamtverwaltungskosten wird wie bei der Option gesetzlich auf 87,4% festgeschrieben, der kommunale Anteil beträgt demnach 12,6%

2.2 Option

- eigenverantwortliche Wahrnehmung mit eigener Steuerungsmöglichkeit
- Abschluss von Zielvereinbarungen (analog Jobcenter; insbesondere Maßnahmen zur Verringerung der Hilfebedürftigkeit, Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit und Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug) mit der zuständigen Landesbehörde für alle Leistungen nach dem SGB II;
- Unterwerfung unter ein bundesweit vergleichbares Controlling und Zielsystem mit vierteljährlicher Veröffentlichung
- verbindliche Teilnahme an Wirkungsforschung und Leistungsvergleich auf der Grundlage von Daten, die durch RVO festgelegt werden
- es gilt bundesrechtliches Vergaberecht und Bundeshaushaltsrecht auch für Optionskommunen
- neben kommunaler Prüfungsverpflichtung umfangreiche Prüfrechte durch den Bundesrechnungshof bezgl. der vom Bund zu leistenden Mittel
- Erstattungsrecht des Bundes, wenn Bundesmittel zu Unrecht geflossen sind (§ 6 b)
- eigenständige Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme (=aktive Leistungen), allerdings nach Vorgabe des SGB II wie bei Jobcenter
- Einrichtung einer eigenen Vergabestelle zur Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung aller Arbeitsmarktmaßnahmen
- Bund bleibt unabhängig vom Modell Kostenträger für alle Aufwendungen, für die er Aufgabenträger ist, also wie bei Jobcenter (87,4% Bund, 12,6% kommunaler Anteil);
- Arbeitsvermittlung einschl. Akquisition von Arbeits- und Ausbildungsstellen (
- Organisation der Zusammenarbeit mit den ärztlichen und psychologischen Diensten
- Bearbeitung von Widersprüchen und Klagen
- 90% der Beamte und Tarifbeschäftigte der Bundesagentur mit einer Beschäftigungsdauer von 24 Monaten müssen von der Optionskommune dauerhaft übernommen werden
- keine Verpflichtung zur Übernahme des Personals der Kommunen
- Dienstherrenfähigkeiten sowie einheitliche Tarifverträge

- Aufgabe der Personalräte und der Gleichstellung kann von vorhandenem Personal wahrgenommen werden

Grundsätzlich geht bei der Optionierung die Aufgabenwahrnehmung in eigener Verantwortung mit höheren Steuerungspotentialen und eigener Entscheidungskompetenz einher. Wie groß der tatsächliche Gestaltungsspielraum in der tägl. Praxis der Gesetzesvollzugs ist, ist schwer zu bewerten, denn er hängt von mehr Parametern ab als nur der formalen Vollzugsverantwortung des Leistungsträgers. Hier spielen arbeitsmarktliche und sozialinfrastrukturelle Rahmenbedingungen vor Ort eine wichtige Rolle.

3. Vorgehen Kreis zur Entscheidung Jobcenter oder Option

Am 9.12. 2009 bekräftigte der Kreistag seinen Beschluss vom 18.11.2009, ggfls. bei der Reorganisation der ARGE das Optionsmodell einzuführen. Seinerzeit ging man allerdings nicht von einer Grundgesetzänderung aus, die die Gewährung von Leistungen aus einer Hand auch weiterhin ermöglichen würde, so wie sie jetzt durch die verschiedenen Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht wurde.

Die „Neuorganisation der ARGE im RK Neuss“ ist Inhalt der TO des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 27.05.2010. Eine Beschlussfassung, zu optionieren, ist im Kreistag für den 23.06.2010 vorgesehen; der Beschluss bedarf der 2/3 Mehrheit der Mitglieder. Eine Stellungnahme der kreisangehörigen Gemeinden, wie es bei der ursprünglichen Zulassung von Optionskommunen der Fall war, ist derzeit nicht vorgesehen.

In Vertretung

Angelika Mielke-Westerlage
Erste Beigeordnete